Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Februar 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 41 | Mittwoch, 18. Februar 1925 | XXXIII. Jahrg.

Herriot im Kampf um die französische Währung

Maßnahmen zur Stützung des Franken — Die Opposition setzt ihre Angriffe ungeschwächt fort — Wachsende Erregung in Deutschland über die Methoden der russischen Tscheka

Ein Dementi der Londoner deutschen Botschaft

Telegramm unsres Korrespondenten

w. **London**, 17. Februar

Von den vielen in letzter Zeit in Frankreich aufgetauchten Falschmeldungen über das Sicherheitsproblem ist die Meldung des „Echo de Paris", der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, habe am 8. Januar eine Unterredung mit Chamberlain gehabt, in deren Verlauf er diesem mitteilte, daß das Kabinett Luther nach der am 28. Januar von Herriot gehaltenen Rede darauf verzichten müßte, von sich aus einen Sicherheitsvorschlag zu machen, eine der bemerkenswertesten. **Ich habe mich gestern an maßgebender Stelle erkundigt und bin zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachricht absolut grundlos und erfunden ist. Das Sicherheitsproblem ist zwischen Deutschland und England überhaupt noch nicht angeschnitten worden. Schon aus diesem Grunde ist es vollkommen ausgeschlossen, daß der Botschafter plötzlich mit einer solchen Erklärung an das britische Kabinett herantreten könnte.**

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" erklärt heute, die britische Regierung habe noch keinerlei Beschlüsse darüber gefaßt, welche Sicherheitspolitik sie nach einer Einigung mit den Dominions, die selbstverständlich vorausgehen müßte, verfolgen würde. Aus dieser Tatsache allein schon geht die Grundlosigkeit der von Paris aus verbreiteten Gerüchte hervor, daß Chamberlain den Alliierten diesen oder jenen bestimmten Plan unterbreitet habe. **Die britische Regierung stellt vielmehr auf das entschiedenste fest, daß bisher keinerlei Verhandlungen oder irgendwelche positiven Erörterungen über den Sicherheitspakt zwischen England und irgendwelchen Alliierten stattgefunden hätten.** Chamberlain habe keinerlei England bindende Versprechungen abgegeben, außer der ganz allgemeinen Versicherung, daß das Problem der Sicherheit von der britischen Regierung im Verein mit den Dominions aufs ernsthafteste untersucht werden solle. Der für morgen angesetzte Kabinettsrat dürfte sich vornehmlich mit dem Sicherheitsproblem und den bisher vorliegenden Erklärungen der Dominions darüber beschäftigen. Der gestern von mir erwähnte **Protokollentwurf Lord Balfours, der einen einseitig gegen Deutschland gerichteten westeuropäischen Verteidigungsbund ablehnt,** wird dem Kabinett vorliegen. Falls derselbe morgen schon angenommen werden sollte, würde er dann sofort an die Dominions verschickt werden.

Mundus vult decipi

Mit Herrn Morgan und der Londoner City läßt sich nicht spaßen. Deshalb hat Frankreich seine Versuche, die Frage der interalliierten Schulden mit der Sicherheitsfrage zu verknüpfen, sehr rasch aufgegeben und sich beeilt, die Parole „Ohne Schutzpakt kein Geld" (Vgl. die Pariser Telegramme in Nr. 35 der Dresdner Neuesten Nachrichten) so unauffällig wie möglich zurückzuziehen. (Späterer Gebrauch bleibt vorbehalten!) Dagegen konzentriert die französische Regierung nunmehr alle ihre Energie darauf, die Frage des Sicherheitspaktes mit der Räumung Kölns in Verbindung zu bringen.

All die juristischen spitzfindigen Auseinandersetzungen, all die Feststellungen der Kontrollkommission über die angeblichen Verfehlungen Deutschlands, die vergrabenen Kanonen und Panzerwagen, das in der Schutzpolizei verborgene heimliche Riesenheer und die Giftrezepte der deutschen chemischen Industrie, all die pathetischen Anklagen Herriots in der französischen Kammer — alles das ist ja nur Spiegelfechterei. Und man hält es nicht einmal mehr für nötig, den Glauben an diese Spiegelfechterei in der Oeffentlichkeit aufrecht zu erhalten. Man weiß genau, das französische Volk wird einfach glauben, daß Deutschland eine Gefahr sei. Man sucht ganz zynisch und offen auf öffentlichem Markte nach den billigsten und bequemsten Gründen, das heißt Vorwänden, um die Besetzung Kölns weiterhin aufrechtzuerhalten. Mundus vult decipi, ergo decipiatur! Die Welt will betrogen sein, also soll sie betrogen werden.

Wenn Politik etwas mit Moral zu tun hätte, müßte man sagen, daß niemals ein schamloserer Betrug verübt worden wäre. So bleibt nur übrig, festzustellen: Gewährt England Frankreich keinen Sicherheitspakt, so bleibt Frankreich am Rhein, weil es dort seine einzige Sicherheitsgarantie gegen einen künftigen Angriff Deutschlands zu erblicken glaubt (das meint man auf der französischen Linken) oder weil es am Rhein die natürliche den Pyrenäen im Westen entsprechende Grenze Frankreichs nach Osten hin erblickt (das ist die Meinung der Poincaristen und des Bloc National). Das heißt: rücken die Briten aus Köln ab, ohne daß man in London Frankreich vorher den Sicherheitspakt gewährt, so marschieren, was auch der Versailler Vertrag bestimmen mag, französische Truppen noch am gleichen Tage in die von den Engländern verlassenen Quartiere ein.

Dies wäre natürlich ein offener Bruch des Versailler Vertrages. England könnte ihn nie dulden, weil seine Ehre und sein Ansehen — das sagt man laut — aber auch seine Interessen — das spricht man leiser — die Aufrechterhaltung der in Versailles unterschriebenen Abmachungen verlangen. Rückt Frankreich in Köln ein, so ist der Bruch mit London da. Frankreich würde erklären „Nur kennt kein Gebot!" — England aber würde in Erinnerung an seine belgische Stunde von einem neuen „scrap of paper", einem „Papierfetzen" sprechen müssen, zu dem man einen geheiligten Vertrag gemacht habe. Diese unangenehme Notwendigkeit muß nach Ansicht Chamberlains unter allen Umständen vermieden werden. Was also tun? Die Vorwände und Gründe müssen sich finden, die es England ermöglichen, nach außen hin den Schein aufrechtzuerhalten, es sei infolge deutscher Verfehlungen gezwungen, die Besetzung von Köln weiter hinauszuziehen. In der Zwischenzeit wird man dann schon, hofft man, mit Frankreich doch noch zu einer Einigung über den Sicherheitspakt kommen.

Das ist die Situation. Wundert man sich noch, daß im englischen Unterhaus gestern auf die sehr unbequemen Fragen der Opposition sehr ausweichende, leere, nichtssagende oder gar keine Antworten gegeben wurden? Wundert man sich, daß man weder am Quai d'Orsay noch im Foreign Office mit Sicherheit anzugeben vermag, wann denn nun eigentlich der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission über die Verfehlungen Deutschlands veröffentlicht werden wird, wann Deutschland das Anklagematerial kennen lernen wird? Wundert man sich noch, warum „technische Schwierigkeiten" immer wieder die Veröffentlichung hinauszögerten, warum die Uebergabe des Berichtes an die Botschafterkonferenz, die spätestens, allerspätestens gestern in Paris erfolgen sollte, nunmehr erst am Mittwoch erfolgen soll?

Jede Stunde und jeder Tag ist gewonnene Zeit für das französische und englische Kabinett. Deswegen wird die Botschafterkonferenz nunmehr ihrerseits mit der Verzögerungstaktik beginnen. Sie wird den Bericht nicht zur Hand nehmen, prüfen und veröffentlichen, sondern sie wird ihn zunächst einmal der sogenannten Interalliierten Militärkommission übergeben, die in Versailles ihren Sitz hat und unter Leitung von Marschall Foch steht. Diese halb schon verschollene und sagenhaft gewordene Kommission aus der Kriegszeit zerrt man wieder in den Vordergrund und läßt sie als lebenden Leichnam in der großen Komödie mit agieren. Foch soll seinen auch in England und noch mehr in den Vereinigten Staaten gefeierten Namen unter die Liste der angeblichen deutschen Verfehlungen setzen. Er soll urbi et orbi verkünden, daß Deutschland noch nicht abgerüstet habe und er, der siegreiche Mann des Weltkrieges, der populärste Heerführer der westlichen Welt, soll bekräftigen, daß Deutschland noch immer eine Gefahr für die Menschheit darstelle und daß infolgedessen eine Verlängerung der Besetzung Kölns unabweisbar ist.

Fein ausgedacht, nicht wahr? Man rechnet gut in London. Der Name Fochs wird wirken. Der Propagandaapparat steht bereit und wird die Worte und Feststellungen des französischen Heerführers bis in die kleinsten Winkelblätter Westamerikas hineinwerfen. Das sensible „Gewissen" der Völker wird wieder einmal beruhigt sein. Die Moral ist gerettet: Die englischen Truppen werden in Köln bleiben können, bis die Schwierigkeiten der Sicherheitsfrage gelöst sind und man auf irgendeine Art zu einer vorläufigen englisch-französischen Verständigung über den europäischen Kontinent gekommen ist. Köln, der Rhein, ganz Deutschland sind ja nur Objekte der Weltpolitik, Austauschobjekte und Schachfiguren, die man zurückzieht und vorschiebt und immer dahin stellt, wo man sie gerade braucht im großen weltpolitischen Spiel.

Th. Seh.

Ein erpreßter Brief

Fälschungen der Tscheka — Wozu haben wir eine deutsche Vertretung in Moskau?

B. **Berlin**, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Ihrer berüchtigten Methode getreu, hat die Tscheka einen ihrer drei Häftlinge, Herrn Dr. Kindermann, einen Brief an den derzeitigen Rektor der Berliner Universität, Holl, schreiben lassen, in dem Kindermann die „Objektivität" der Untersuchungsorgane bezeugt und erklärt, die Untersuchung habe in der Tat ergeben, daß seine beiden Reisekameraden, was ihm selbst vorher unbekannt war, sich in Deutschland in faszistischer Weise betätigt hätten. Dem Briefe merkt man die Erpressung meilenweit an. Daß die Tscheka und ihre Offiziösen auch sonst gelogen haben, bestätigt die Firma Rudolph Hertzog. Von der hatte die „Iswestija" behauptet, daß sie die drei Männer zur Handelsspionage ermuntert hätte. Rudolph Hertzog schreibt dem „Berliner Tageblatt", daß daran kein wahres Wort ist. Mit Recht weist der „Vorwärts" darauf hin, daß es zu den Praktiken der Tscheka gehört, die jeweils erforderlichen Dokumente auf dem bewährten Wege der Fälschung herzustellen. Von der Art sind denn auch sicher die Dokumente, die die Tscheka bei den drei jungen Leuten gefunden haben will. Der „Vorwärts" führt fort: „Die deutsche Botschaft in Moskau aber scheint von der Wahrheitsliebe der russischen Behörden so durchdrungen zu sein, daß sie alle diese Erklärungen für bare Münze nimmt, statt gegenüber den offiziellen russischen Vertretern jene Sprache zu finden, die allein in Moskau verstanden werden würde."**

Professor schrieb über ihn an Wolff: „Dr. Kindermann ist zweifellos nicht als Gegner nach Moskau gefahren, sondern hat sicherlich die russischen Verhältnisse weit eher in etwas illusionärem Licht gesehen." Der Student Wolscht ist, wie auch durch einen an Wolff gerichteten Brief seines Vaters, eines in Boppard lebenden ehemaligen Gymnasialprofessors, bekräftigt wird, von der rechten Seite nach links herübergegangen, hat sogar einmal in kommunistischen Kreisen Berlins einen Vortrag über die Entwicklung des Sozialismus gehalten. An Dittmars, des jungen Ostländers, Schuld glaubt der alte Herr Wolscht auch nicht, obschon er berichtet, daß sein Sohn und Dittmar sich wie Hund und Katze gestanden hätten. In einer Ansichtskarte an den Professor Wolscht aus Riga hatten die beiden Weltreisenden Wolscht und Kindermann sich selber als „Max und Moritz" bezeichnet und die Unterschrift hinzugefügt: „Uns kann keiner was." Das sind die Leute, denen mit rauher und dreister Hand die Moskauer Tscheka an die Gurgel greift.

Die deutschen Gefangenen der Tscheka

Die Wahrheit über die drei Studenten

B. **Berlin**, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht)

Von den drei deutschen Studenten, von denen die Sowjetregierung jetzt entdeckt haben will, daß sie sich unter falschen Vorspiegelungen in Berlin an kommunistische Kreise herangemacht hätten, während sie in Wahrheit von einer „deutschen faszistischen Organisation zu terroristischen Zwecken nach Moskau abkommandiert" wären, entwirft Theodor Wolff im „B. T." ein durchaus andres und wohl den Tatsachen entsprechendes Bild. Die drei jungen Leute seien eines Tages mit den Empfehlungen hervorragender Professoren, linksstehender und rechtsstehender, bei ihm erschienen und hätten ihn gefragt, ob ihm Reiseberichte willkommen seien. Herr Wolff hat ihnen die Schwierigkeiten des Unternehmens vorgehalten und dann mit ihnen abgemacht, daß sie einiges über das Leben der Studenten an sibirischen Universitäten schreiben sollten. Die von ausgezeichneten Gelehrten verfaßten Geleitbriefe, mehr noch ihre Frische und ihre mit junger Gelehrsamkeit vereinte etwas naive Abenteuerlust hätten sympathisch gestimmt.

Dr. Kindermann schien sich mit den kommunistischen Theorien befreundet zu haben. Ein Tübinger

Herriot vor der Kammer

Telegramm unsres Korrespondenten

cb. **Paris**, 17. Februar

In Erwartung einer sensationellen Kammersitzung hatte sich gestern ein zahlreiches Publikum auf den Tribünen eingefunden. **Das Interesse der Oeffentlichkeit an den Erklärungen, die Herriot in einer 1½stündigen Rede abgab, war so stark, daß der Wortlaut der Rede durch Funkspruch verbreitet werden mußte.** Der Ministerpräsident betonte die Tragweite seiner Erklärungen durch außergewöhnlichen Ernst und strengste Vermeidung jeder polemischen Bemerkung. Aengstlich vermied er es, auf die zahlreichen Angriffe, die in den regierungsfreundlichen Zeitungen gegen ihn gerichtet wurden, einzugehen. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verteidigung der französischen Währung eine rein patriotische Aufgabe sei, bei der alle parteipolitischen Streitigkeiten und Gegensätze ausgeschaltet werden müßten. Die Tendenz dieser Rede war ungefähr die eines Staatsmannes, **der im Augenblick höchster Gefahr das ganze Land zur gemeinsamen Verteidigung gegen die Angriffe des Feindes aufruft.**

Um diese Tendenz noch besonders zu verstärken, erinnerte Herriot an die Kriegszeit und erzählte, wie wunderbar England mitten in der stärksten Krise die Nerven behielt und sich das Vertrauen auf den guten Ausgang bewahrte. England nahm er sich auch zum Vorbild in finanzieller Hinsicht. Er sprach die Ueberzeugung aus, daß nur durch eine anhaltende und opferreiche Anstrengung zunächst die Festigung und dann die Besserung des Franken erzielt werden könne. Zu diesem Zwecke sei selbstverständlich ein Steueropfer notwendig, doch — beeilte er sich hinzuzufügen — in den Grenzen der Tragfähigkeit der breiten Masse und in dem Rahmen der Leistungsfähigkeit des Kapitals, das davor geschützt werden müsse, durch allzu starke Heranziehung geschwächt und in seinem Unternehmungsgeist beeinflußt zu werden. Mit andern Worten: **Herriot sprach sich entschieden gegen die Kapitalsteuer aus,** deren Notwendigkeit nicht allein von den Sozialisten, sondern auch von einer Gruppe der Linksrepublikaner ausgesprochen wird.

Alle andern von Herriot angekündigten Maßnahmen sind rein technischer Natur und dürften nur dann zum Ziele führen, wenn sich sämtliche französische Bankinstitute entschließen, das von Herriot geforderte Vertrauen durch die Tat zu bekräftigen. Diese Tat besteht darin, die nötige Stützungsaktion bis auf weiteres durchzuführen. **Es ist zweifelhaft, ob Herriot bei seinen Verhandlungen mit den maßgebenden Bankleitern die notwendigen Zusagen erhalten wird, um den Franken vor einer weiteren Abbröckelung zu schützen. Die gestrige Kammersitzung und namentlich der Eindruck, den die Rede Herriots auf das Parlament machte, läßt eher vermuten, daß sich die Situation trotz allen Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht gebessert hat.** Die Sozialisten bekundeten eine merkbar feindselige Haltung, als der Ministerpräsident wiederholt erklärte, er werde das Großkapital nicht durch eine einschneidende Steuermaßnahme treffen, vielmehr den Besitz der Sparer ebenso schützen wie den Besitz der Kapitalisten. Auch bei den Radikalen war der Beifall sehr dünn. Aber auch die Kälte der Opposition vermochte Herriot nicht durch die Wärme seiner Ausführungen zu mindern.

Infolgedessen blieb die Situation unverändert. Die Morgenpresse setzt den Kampf gegen das Kabinett Herriot ungeschwächt fort. Das führende schwerindustrielle Organ „L'Avenir" erklärt, daß die Kartellregierung auch nach der Rede Herriots nicht das Vertrauen der Wirtschaft finden werde.

Rußland rüstet

§ **Moskau**, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Die geheimen Verhandlungen des Obersten Sowjetkriegsrates, die kürzlich begonnen hatten, sind zum Abschluß gelangt. Wie verlautet, ist eine Anzahl neuer Operationsbasen geschaffen worden. Der militärische Stützpunkt gegen Polen soll sich in Ploskirow befinden. Es wurde beschlossen, 25 Millionen Goldrubel für den Ankauf von Kriegsmaterial im Ausland zur Verfügung zu stellen. Des weiteren wurde der Beschluß gefaßt, 200 Flugzeuge, 500 schwere Geschütze und 200 000 Maschinengewehre anzukaufen. In den nächsten Tagen soll in Sowjetrußland ein Posten Flugzeuge eintreffen, die in Spanien in Auftrag gegeben worden waren.**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250218/1